



Zum Gedenktag:

Der 17 Juni 1953 gehört ins Zentrum der Demokratiegeschichte unseres Landes –

**die historische Aufarbeitung hat die Propaganda der SED
als Lüge demaskiert. Dabei haben die Stasi-Akten eine
wichtige Rolle gespielt.**

Birgit Neumann-Becker:

Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 ist eines der bedeutendsten Ereignisse der DDR-Geschichte. In Mitteldeutschland erhoben sich Arbeiter und Bauern, Frauen, Männer und Jugendliche gegen die SED-Diktatur und forderten Demokratie und Freiheitsrechte.

Dieser Tag gehört ins Zentrum der Demokratiegeschichte Deutschlands und ist ein besonderer Tag auf dem langen Weg zur Deutschen Einheit, der viel aufmerksamer berücksichtigt und gewürdigt werden muss. Frauen und Männer opferten am 17. Juni 1953 für Demokratie und die Deutsche Einheit ihr Leben. Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit.

Die Aufarbeitung der tatsächlichen Vorgänge gelang auch durch die Öffnung der Stasi-Akten, die mit heutigem Datum ins Bundesarchiv übergehen.

Seit 1990 gehören das Demonstrations- und Streikrecht auch in Ostdeutschland zu den verbrieften Freiheitsrechten. Den Frauen und Männern des 17. Juni 1953 waren diese Freiheiten verwehrt. Seit 1991 sind auch die Stasi-Akten offen und enthüllen die Propagandalüge der SED vom faschistischen Putsch.

Freie Wahlen, Zulassung von Parteien, Freilassung der Gefangenen, ein einiges Deutschland, Entfernung der Spitzel aus den Werkstätten, Senkung der Arbeitsnormen waren ihre zentralen Forderungen. Dafür wurden die Demonstranten von der politischen Führung aus Moskau und Berlin verfolgt und mit dem Tode bedroht. Nur durch massive militärische Gewalt und polizeiliche Maßnahmen war es dem SED-Staat möglich, das Volk zu bezwingen.

Heute ist es wichtig, ganz konkret vor Ort die Ereignisse aufzuarbeiten und daran zu erinnern. Die mitteldeutschen Städte Magdeburg, Halle, Merseburg, Bitterfeld, Wolfen, Jessen und viele weitere Orte im ländlichen Raum bildeten Zentren des Aufstands. Unsere Freiheitsrechte wurden auch von den Frauen und Männern des 17. Juni 1953 und aus dem Herbst 1989 errungen. Deshalb muss der

17. Juni zum Lehr-Kanon an den Schulen und in der politischen Bildung gehören, um die Wurzeln der Demokratiebewegung in Mitteldeutschland besser zu verstehen.

Die Stasi-Akten bleiben – 30 Jahre nach Einrichtung des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen unter dem Dach des Bundesarchivs für die weitere Aufarbeitung ganz konkret vor Ort offen.

Hintergrund (I)

Am 17. Juni 1953 wurde die SED-Diktatur mit sowjetischen Panzern gesichert und durch die Verhängung des Ausnahmezustandes, Ausgangssperren, Androhung und Durchführung von Erschießungen, Verfolgung und Massenverhaftungen jegliche freie Meinungsäußerung unterbunden.

Durch die politisch gelenkte Justiz wurden in der Folge des Aufstandes insgesamt 13.000 Menschen verhaftet. Allein in Sachsen-Anhalt starben 24 Frauen und Männer im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni.

Die beiden von deutschen Gerichten zum Tode Verurteilten kamen aus Sachsen-Anhalt: Der Magdeburger Gärtner Ernst Jennrich und Erna Dorn aus Halle. Sie wurden ohne Beweise zum Tode verurteilt und enthauptet. Beide wurden nach 1990 posthum deswegen rehabilitiert.

Der Müller Herbert Stauch und der Maler Alfred Dartsch wurden am 17. Juni 1953 in Magdeburg willkürlich verhaftet und vom Sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt. Beide wurden von Magdeburger Polizisten am 18. Juni 1953 erschossen. Ihre Leichen ließen die Verantwortlichen verschwinden. Beide wurden 1996 vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert. Die Straße am Innenministerium in Magdeburg trägt den Namen von Herbert Stauch und erinnert an das politische Unrecht und die Gewalt der SED-Diktatur.

Hintergrund (II)

Der Bitterfelder Forderungenkatalog zielte eindeutig auf das Ende der SED-Herrschaft. Er umfasste zehn Punkte und begann mit der Forderung nach dem sofortigen Rücktritt der Regierung, „die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist. 2. Einsetzung einer provisorischen Deutschen Demokratischen Regierung. 3. Freie demokratische geheime und direkte Wahlen in vier Monaten. 4. Zurückziehung der deutschen Polizei aus den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang für alle Deutschen. 5. Sofortige Freilassung der politischen Häftlinge (Kirche, weltliche Anschauung, so genannte Wirtschaftsverbrecher) und Rückkehr aller Gefangenen aus aller Welt. 6. Sofortige Normalisierung des Lebensstandards ohne Lohnsenkung. 7. Zulassung aller großen demokratischen Parteien Westdeutschlands in unserer Zone. 8. Keine Repressalien gegen die Streikenden. 9. Sofortige Abschaffung der so genannten Volkskammer. 10. Zulassung der Delegation aus der Ostzone, die eine der westdeutschen Parteien gründen wollen.“ (Manfred Wilke: Der 17. Juni 1953 – Tag der Deutschen Einheit.)

- Marie Ollendorf: Zielvorgabe Todesstrafe. Der Fall Jennrich, der 17. Juni und die Justizpraxis in der DDR, Halle 2013.
- Edda Ahrberg u.a.: Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, LIT-Verlag 2004.
- Anne Haertel: Die Ereignisse des 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg, Sachbeiträge 28, Landesbeauftragte für Stasi-Unterlagen Sachsen-Anhalt 2003.
- Stefanie Wahl (Hg.): die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle. Schlaglichter, LZA- Sachbeiträge 29 (Teil 2), Magdeburg, 2. Aufl. 2003.
- Heidemarie Schmidt, Paul Werner Wagner: „... Man muss doch mal zu seinem Recht kommen ...“ Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, LZA-[Sachbeiträge 17 \(Teil 2\)](#) Magdeburg 2002.

siehe auch: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152604/die-toten-des-volksaufstandes?p=all>

Weitere Informationen:

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Schleifufer 12, 39104 Magdeburg

Fax: 03 91 / 5 60-15 20

Tel.: 03 91 / 5 60-15 01

E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de